

Bearbeitung von ANFRAGEN, WÜNSCHEN und ANREGUNGEN

Sitzung	Termin/Datum	Status	Nummer
	26.04.2009	öffentlich	AN/0583/2009
Eingebracht von Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Anfrage / Wunsch / Anregung: Antrag zum Nachtragshaushalt 2009 Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen haben am 26.04.2009 den in der Anlage beigefügten Antrag zum Nachtragshaushalt 2009 gestellt.			
ANTWORT DER VERWALTUNG			
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u>		<u>Organisationseinheit:</u>	
FBL Harms / FDL Kumstel		1 / 3.3	
<u>Stellungnahme zu Nr. 1:</u> (von FDL 3.3 / Kumstel) Der Haushaltsrest in Höhe von 100.000,-- € wurde bereits unter der Hhst.: 6351.95000 „Planungs- und Baukosten; Verkehrsberuhigung Ekel“ ausgewiesen. Aufgrund der Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses vom 23.02.2009 (Beschluss-Nr. 0749/2009/3.3) wurden von dem o.g. Haushaltsrest inzwischen folgende Auftragsvergaben in Höhe von 44.000,-- € getätigt: <ul style="list-style-type: none"> - Verkehrsplanung an das Büro PVB in Hannover (38.000,-- €) - Vermessungsarbeiten an das Büro Hattermann in Emden (6.000,-- €) Die Herstellung von Fuß- und Radwegen entlang des Ekeler Weges kann unabhängig von der Schlackenproblematik erfolgen, da das Material nicht im Seitenraum vorhanden ist. Allerdings muss die Notwendigkeit eines beidseitigen Fuß- und Radweges dort in Frage gestellt werden. Südlich des Ekeler Weges wurde bis zur Dr.-Frerichs-Straße ein kombinierter Fuß-/Radweg gebaut. Hinsichtlich der Auflage Nr. 17 im Planfeststellungsbeschluss vom 25.04.2002 zur Anbindung des westlichen Ekeler Weges an die Ortsumgehung gab es am 08.04.2009 ein klärendes Gespräch mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich. Das Ergebnis wurde der Stadt mit Schreiben vom 20.04.2009 mitgeteilt (siehe Anlage). Dieses Schreiben wurde zwischenzeitlich als Mitteilung zu Beschluss-Nr. 940/99/R auch an alle Ratsmitglieder verteilt. <u>Anlage:</u> Mitteilung der NLSfBV vom 20.04.2009 zur Auflage 17 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.04.2002 zur Anbindung des westlichen Ekeler Weges			

Stellungnahme zu Nr. 2: (von FBL 1 / Harms)

Mit Schreiben vom 26.04.2009 (Posteingang 28.04.09) beantragt die Ratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2009 die Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 500.000 € auf 4.690.000 € und bei der Gewerbesteuer um 300.000 € auf 5.000.000 € zu vermindern.

Dazu folgende Stellungnahme:

Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer

Die im Antrag ausgeführte Begründung für den angenommenen Einnahmerückgang ist nachvollziehbar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es 2009 zu Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer kommt. Es kann aber ebenso wenig ausgeschlossen werden, dass es erst 2010 zu einer nachhaltigen Reduzierung der Einnahme kommt. Zum Zahlungstermin 01.05.2009 hat das Land Niedersachsen eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer um 4,3% mitgeteilt. Vor diesem Hintergrund ist eine Reduzierung der Einnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant.

Gewerbesteuer

Grundsätzlich ist auch die Begründung für die beantragte Reduzierung bei der Gewerbesteuer nachvollziehbar. Eine Minderung für 2010 wird erwartet und kann für 2009 nicht ausgeschlossen werden. Aktuell besteht bei der Gewerbesteuer ein Anordnungssoll von rd. 6,3 Mio. Euro. Der geplante Haushaltsansatz beträgt 5,3 Mio. Euro. Eine Reduzierung auf 5 Mio. Euro ist haushaltsrechtlich bei einem gegenwärtigen „Überschuss“ von 1 Mio. Euro nicht zu vertreten.

Haushaltsausgleich

Unabhängig von der fehlenden Notwendigkeit Einnahmeminderungen zu veranschlagen fehlt es dem Antrag an Vorschlägen, wie die angenommenen Einnahmeminderungen durch Ausgabenreduzierungen aufgefangen und der Zustand eines ausgeglichenen Haushaltes beibehalten werden kann.

Bereits heute steht fest, dass u. a. aufgrund der im Antrag dargestellten Gründe ein Haushaltsausgleich für 2010 außerordentlich schwierig wird. Spätestens nach der „Sommerpause“ wird ein dringender Beratungsbedarf zur Haushaltskonsolidierung gesehen und die Wiederaufnahme der Arbeit von der „Arbeitsgruppe Zukunftssicherung“ für erforderlich gehalten.

Empfehlung Nds. Städtetag

Der Nds. Städtetag hat u. a. in seinem Schreiben vom 13.03.2009 dringend empfohlen, lediglich die Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms im Nachtragshaushaltsplan aufzunehmen. Nach Vorlage einer solchen Nachtragshaushaltssatzung wird die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht innerhalb weniger Tage erfolgen.

Stadt Norden
Die Bürgermeisterin
Im Auftrage

Harms

Falls weitere Informationen gewünscht werden, ist eine Beratung im jeweiligen Fachausschuss zu beantragen.



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schulstr. 39 26506 Norden

Stadt Norden
-Frau Bürgermeisterin Schlag-
Am Markt 15

26506 Norden

28.04.09
2 BO
H. Lütkehus

Schulstr. 39
26506 Norden
Telefon: 04931 - 4442
Telefax: 04931 - 167 107
E-Mail: gruene.norden@t-online.de
Internet: www.gruene-norden.de

Norden, den 26. April 2009

Antrag zum Nachtragshaushalt 2009
in der Beratungsfolge Finanzausschuss 11. 5. 2009,
Rat der Stadt Norden 19. 5. 2009
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schlag,

H. Lütkehus
18.4.09
Bil für BO

die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt zum Nachtragshaushalt 2009, der in der nächsten Finanzausschusssitzung am 11.5.09 und in der nächsten Ratssitzung am 19.5.09 behandelt werden soll, folgende Anträge:

- 1. Die aus den Haushalten der Vorjahre bisher enthaltenen Haushaltsreste der Haushaltsstelle 6351.95000 „ Verkehrsberuhigung Ekel“ in Höhe von 100.000,- € erneut im Nachtragshaushalt unter dieser Haushaltsstelle auszuweisen und für entsprechende Investitionen zur wirksamen Verkehrsberuhigung des Straßenzuges Ekeler Weg / Schulstraße entsprechend der Ziffer 17 der Auflage im Planfeststellungsbeschluss 25.04.2002 in 2009 zu verwenden (Verweis auf Beschluss Nr. 745 /2009/ 1.1 sowie 749/2009/3.3).**
- 2. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2009 sind die zu erwartenden Steuereinnahmen 2009 beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 500.000 € und bei der Gewerbesteuer um 300.000 € zu vermindern.**

Begründungen:

Zu Nr. 1:

Bereits in der Ratssitzung vom 3.3.09 haben wir eine entsprechende Forderung zur Vorlage 728/2009/1.1 gestellt. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Lütkehus, sicherte eine Berücksichtigung im Nachtragshaushalt zu. Daraufhin hat unsere Fraktion dem Haushalt 2009 zugestimmt.

Wir bitten nunmehr diesen Haushaltsrest wieder unter 6351.95000 auszuweisen, da wir im Gegensatz zur Verwaltungsmeinung der Auffassung sind, dass die Auflagen TZ 17 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.4.2002 (siehe Anlage) nicht vollständig erfüllt sind (es erfolgte durchaus eine konkrete Aufzählung der Maßnahmen in dem Beschluss!) und dass damit dieser Haushaltsrest dafür benötigt werden wird.

Die Tatsache, dass der Ausbau des Ekeler Weges bis zum Heitsweg aufgrund der Schlackenproblematik z. Zt. noch nicht möglich ist, hat die Folge, dass die geforderten Fußwege nicht erstellt werden können und somit eine konkrete Auflage der Bezirksregierung nicht erfüllt ist, dies wiederum hat zur Folge, dass TZ 17 eintritt und somit die Anbindung solange nicht erfolgen darf.

Dies hat aber nicht zur Folge, dass nicht andere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, insbesondere in der Schulstraße nicht durchzuführen sind, denn diese werden in der Auflage ebenso gefordert.

Die zahlreichen Einwander, die sich gegen die Schulstr./Ekeler Weg als Zubringerstraße zur Ortsumgehung gewandt haben, wurden durch die Zusicherung der Bezirksregierung, dass wirksame Vorkehrungen zur Vermeidung einer übermäßigen Belastung durch Gefahren getroffen werden, beruhigt und haben ihre Einwände nicht weiter verfolgt.

Solange nicht sicher ist, dass diese Mittel tatsächlich nicht zur Verkehrsberuhigung, insbesondere auch in der Schulstraße, benötigt werden, sollten die Mittel nicht anderweitig verwendet werden.

Zu Nr. 2:

Durch weitere Regelungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes wurde die Einkommensteuer gesenkt. Nach Einschätzung des Städtetages beträgt die Auswirkung für die Kommunen rd. 9 € pro Einwohner Minderung des Einkommensteueranteils, dies würde für Norden bei einer Einwohnerzahl von 25280 ca. 230.000 € weniger Einnahmen bedeuten.

Hinzu kommen die Steuermindereinnahmen aufgrund der Pendlerpauschale 2007-2009, die durch das Urteil lt. Information des BMF insgesamt rd. 7,5 Mrd. € betragen.

Der zu erwartende Beschäftigungsrückgang und die übrigen Auswirkungen der Rezession begründen weitere Mindereinnahmen auch für die Kommune. Wir schlagen deshalb insgesamt einen Minderansatz von 500.000 € vor (rd. 10 %). **Ansatz somit Gemeindeanteil an der Einkommensteuer = 4.690.000 €.**

Auch die Höhe der voraussichtlichen **Gewerbesteuereinnahmen** ist niedriger zu veranschlagen. Hier ist z.B die gekündigte Zerlegungsvereinbarung Sparkasse Aurich-Norden zu nennen, die neben den Auswirkungen der Rezession konkrete Mindereinnahmen bedeutet. Wir schlagen hier eine **Reduzierung um 300.000 € auf 5 Mio. € vor.**

Mit freundlichen Grüßen

Karin Albers



(Mitglied im Finanzausschuss für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

